

# Nachhaltiges Europa?

## Die Rolle der EU bei der Umsetzung der Agenda 2030

von Nina Focke und Wolfgang Obenland

Im Februar 2019 veröffentlichte die Kommission der Europäischen Union ein sog. Reflexionspapier mit dem Titel *Auf dem Weg zu einem nachhaltigen Europa bis 2030*.<sup>1</sup> Darin beschreibt sie in sie drei Szenarien, wie die Agenda 2030 und ihre Ziele für nachhaltige Entwicklung (SDGs) auf EU-Ebene implementiert werden könnten und welche Rolle die EU bei der weltweiten Umsetzung spielen sollte.

Dabei sieht die Kommission die EU als Vorreiterin bei der Umsetzung der Agenda 2030 und nimmt in dem Reflexionspapier vor allem andere Staaten in die Pflicht. Hier knüpft die Kritik von zivilgesellschaftlichen Organisationen an: Nach Verabschiedung der Agenda 2030 und der SDGs im Jahr 2015 habe die EU weder mit der konsequenten Umsetzung der SDGs auf EU-Ebene begonnen noch eine eigene Nachhaltigkeitsstrategie entwickelt. Stattdessen trete die Kommission auf der Stelle, indem

sie auch vier Jahre nach Verabschiedung der SDGs noch immer darüber ‚reflektiere‘, wie diese in, mit und durch die EU umgesetzt werden könnten. Gleichzeitig verfolge die EU weiterhin nicht-nachhaltige Politikkonzepte in wichtigen Bereichen wie der Landwirtschafts- oder Handelspolitik, die teilweise in direktem Widerspruch zur Verwirklichung der SDGs stünden.

Zwar gibt es auf der Arbeitsebene verschiedene Ressorts und Arbeitsgruppen, die zu den SDGs arbeiten. Bislang wurden jedoch nur wenige Maßnahmen getroffen, um die Arbeit aller EU-Institutionen kohärent an der Agenda 2030 auszurichten. Mit dem Amtsantritt der neuen EU-Kommission im November 2019 bietet sich nun die Möglichkeit, die SDGs und die Agenda 2030 in ihrer Gesamtheit zu einer *Roadmap* für die Aktivitäten und die Finanzierung der EU zu machen.

Die Vereinten Nationen haben im September 2015 die Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung verabschiedet. Die Agenda und die darin aufgelisteten 17 SDGs geben einen Fahrplan für alle Staaten vor, nach denen sie ihre Politik ausrichten sollten. Das gilt auch für die EU. Generell sind alle 17 SDGs und die Mehrzahl der 169 Zielvorgaben auch für die EU und ihre Mitgliedsstaaten gültig.

### 1. Die Rolle der EU bei der Umsetzung der Agenda 2030

Grundsätzlich betreffen die SDGs die europäische Politik in dreifacher Hinsicht:

- 1) Der SDG-Katalog umfasst Ziele, die die interne Situation der EU und ihrer Mitglieder betref-

fen. Hierzu gehören zum Beispiel Ziele, die sich aus den menschenrechtlichen Verpflichtungen ableiten, etwa in den Bereichen Bildung, Gesundheit und soziale Sicherung. Beispiele sind die Halbierung des Anteils der Armen innerhalb der EU und die Verringerung des Anteils der Jugendlichen ohne Schulabschluss.

- 2) Einige Ziele der Agenda 2030 adressieren die externen Effekte der europäischen Politik und Wirtschaft jenseits der Landesgrenze. Sie erfordern politische Maßnahmen innerhalb der EU, die auch unmittelbare Auswirkungen für Menschen in anderen Ländern, insbesondere den Ländern des globalen Südens, haben. Hierzu zählen Ziele zur Reduzierung des Ressourcenverbrauchs, zur Veränderung nicht nachhaltiger Konsum- und Produktionsweisen, aber auch zum Umgang mit Migrantinnen und Migranten.

<sup>1</sup> European Commission (2019).

- 3) Der SDG-Katalog enthält schließlich Ziele, die die internationale Verantwortung der EU betreffen. Die entsprechenden Zielvorgaben betreffen neben den klassischen entwicklungspolitischen Verpflichtungen (Stichwort 0,7-Prozent-Ziel) alle Bereiche globaler Strukturpolitik (Handel, Investitionen, Finanzsysteme usw.).

Alle drei Kategorien von Zielvorgaben sollten sich in einer SDG-Umsetzungsstrategie für die EU widerspiegeln.

Die EU-Kommission sieht sich bei der bisherigen Umsetzung der Agenda 2030 und ihrer Ziele auf dem richtigen Weg. In ihrem Reflexionspapier vom Februar 2019 heißt es:

*„die EU [zeichnet sich] durch einige der höchsten Sozial- und Umweltstandards und eine überaus ehrgeizige Politik zum Schutz der menschlichen Gesundheit aus und ist inzwischen weltweit Vorreiter bei der Bekämpfung des Klimawandels. Die EU-Mitgliedstaaten haben in vielen Bereichen der Agenda 2030 [...] beachtliche Fortschritte erzielt, weshalb die EU zu den Orten der Welt gehört oder gar der Ort ist, wo es sich am besten lebt.“<sup>2</sup>*

Dagegen gibt es aus der Zivilgesellschaft, aber auch dem Europäischen Parlament, deutlich kritischere Meinungen zur Rolle der EU bei der Umsetzung der SDGs. So soll beispielsweise innerhalb der EU das Programm „Bessere Rechtsetzung“ zum Abbau von Bürokratie bzw. zur transparenten Entscheidungsfindung beitragen – was von der Kommission als Beitrag zur Umsetzung der Agenda 2030 gesehen wird.<sup>3</sup> Doch werden mit den gegenwärtigen Maßnahmen lediglich Unternehmen entlastet – und wichtige Regulierungen im Umwelt- und Sozialbereich aufgeweicht. Umwelt- und Entwicklungsorganisationen warnen, dass die Umsetzung der SDGs auf EU-Ebene mit diesem Instrument gefährdet wird.<sup>4</sup> Kritik richtet sich auch gegen die europäische Agrar- und Handelspolitik, gegen die europäische Migrationspolitik und die Politik der EU in zahlreichen weiteren Bereichen (vgl. Textkasten).

Die EU-Kommission sieht sich mit der 2016 veröffentlichten Mitteilung *Auf dem Weg in eine nachhaltige Zukunft - Europäische Nachhaltigkeitspolitik* in der Pflicht, aktiv an der Umsetzung der SDGs zu arbei-

ten.<sup>5</sup> Dabei erkennt sie die Universalität der Agenda 2030 durchaus an: im Gegensatz zu den MDGs richten sich die SDGs nicht nur an die sogenannten „Entwicklungsländer“. Die SDGs betonen vielmehr, dass es in allen Ländern erheblichen Reformbedarf gibt. Die EU sollte die Umsetzung der Ziele daher nicht lediglich als Teil ihrer Entwicklungspolitik betrachten. Vielmehr muss sie die Agenda 2030 auch intern umsetzen.

Grundsätzlich liegt die Verantwortung für die Umsetzung der Agenda 2030 und ihrer Ziele bei den Mitgliedsstaaten. In mehreren zentralen Politikbereichen verfügt die EU aber über ausschließliche oder geteilte Zuständigkeit gegenüber ihren Mitgliedern. In diesen Bereichen, wie der Außenhandelspolitik oder der Agrarpolitik muss die EU selbst aktiv werden, um die Agenda 2030 umzusetzen. Bei genauerem Hinsehen hat die EU für die überwiegende Mehrheit der SDGs die ausschließliche Zuständigkeit oder sie teilt sie sich mit den Mitgliedsstaaten (vgl. Tabelle Seite 3).

## 2. Stand der SDG-Umsetzung auf europäischer Ebene

Seit Verabschiedung der Agenda 2030 wurden auch innerhalb der EU Richtlinien erlassen, die sich implizit auf die SDGs beziehen, explizit jedoch nicht mit ihnen in Verbindung gesetzt werden. So wurde im März 2019 das Verbot von Wegwerfprodukten aus Plastik ab 2021 beschlossen. Diese Richtlinie steht in Einklang mit SDG 12 – nachhaltiger Konsum und nachhaltige Produktionsmuster –, wurde jedoch nicht in den Zusammenhang der Agenda 2030 gestellt. Damit verpasst die EU die Chance, den Mehrwert der Wechselbeziehungen zwischen den SDGs bei politischen Entscheidungen zu berücksichtigen. Allerdings wurden auch Richtlinien verabschiedet, die im Widerspruch zu den SDGs stehen, bspw. im Bereich der gemeinsamen Agrarpolitik.<sup>6</sup>

Das **Europäische Parlament** sieht die bisherige Rolle der EU in der Umsetzung der SDGs kritisch. Bislang seien nur wenige konkrete Schritte in diese Richtung unternommen worden.<sup>7</sup> So forderte das Parlament die Kommission schon im September 2015 im *Work Programme for 2016* auf, ihre Politik

2 European Commission (2019), S. 6.

3 Vgl. European Commission (2018), S. 81.

4 <https://www.2030report.de/de/bericht/1400/kapitel/better-regulation>

5 <https://ec.europa.eu/transparency/regdoc/rep/1/2016/DE/COM-2016-739-F1-DE-MAIN.PDF>

6 Vgl. [https://www.forumue.de/wp-content/uploads/2016/08/FORUM\\_SDG2\\_15072016\\_web.pdf](https://www.forumue.de/wp-content/uploads/2016/08/FORUM_SDG2_15072016_web.pdf).

7 Europäisches Parlament (2019).

## Zuständigkeit der EU für die Verwirklichung der SDGs

Die Zuständigkeiten der EU und ihrer Mitgliedsstaaten und die Abgrenzung der Zuständigkeiten sind geregelt in Art. 2–6 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union (AEUV).

### Ausschließliche Zuständigkeit der EU

(Art. 3 AEUV)

#### Zollunion



#### Festlegung der Wettbewerbsregeln



#### Währungspolitik



#### Erhaltung der Meeres-schätze; Fischereipolitik



#### Gemeinsame Handelspolitik



### Geteilte Zuständigkeit der EU

(Art. 4 AEUV)

#### Binnenmarkt



#### Landwirtschaft und Fischerei



#### Umwelt



#### Verkehr



#### Raum der Freiheit, der Sicherheit, des Rechts



#### Sicherheitsanliegen im Bereich der öffentlichen Gesundheit



#### Maßnahmen in Entwicklungszusammenarbeit, humanitärer Hilfe



#### Sozialpolitik



#### wirtschaftlicher, sozialer, territorialer Zusammenhalt



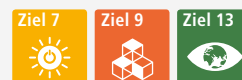
#### Verbraucherschutz



#### Transeuropäische Netze



#### Energie



#### Maßnahmen in Forschung, technologischer Entwicklung, Raumfahrt



### Keine Zuständigkeit der EU

#### Sport

#### Jugend



#### Kultur

#### Zivilschutz



#### Bildung



an Nachhaltigkeitsgesichtspunkten auszurichten.<sup>8</sup> Im Mai 2016 rief das Parlament die Kommission in einer Resolution dazu auf, die SDGs kohärent in den internen und externen Politikrahmen der EU aufzunehmen.<sup>9</sup> Dieser Aufruf wurde 2019 erneuert.<sup>10</sup>

Innerhalb des Parlaments veröffentlichten 2018 der Entwicklungsausschuss (DEVE) und der Ausschuss für Umweltfragen, öffentliche Gesundheit und Lebensmittelsicherheit (ENVI) einen gemeinsamen Bericht über die Umsetzung der SDGs.<sup>11</sup> Dieser Bericht wurde im März 2019 vom Plenum verabschiedet. Die Ausschüsse stellten darin fest, dass die bisherigen Schritte zur Umsetzung der Agenda 2030 nicht ausreichten und eine im Sinne nachhaltiger Entwicklung kohärente Politikstrategie notwendig sei. So sollten die „zu ergreifenden Maßnahmen [für die Umsetzung der SDGs] eindeutig bestimmt“ und die Zusammenarbeit innerhalb der EU-Institutionen verbessert werden. Dem Bericht ging eine von DEVE in Auftrag gegebene Studie voraus.<sup>12</sup>

Weiterhin waren Vertreter/innen der Ausschüsse mit einer Delegation beim Hochrangigen Politischen Forum für Nachhaltige Entwicklung (HLPF) im Juli 2019 in New York vertreten. Insgesamt bleibt das Parlament institutionell in der Umsetzung der Agenda 2030 beschränkt. Zum einen verfügt es (noch) über kein Gesetzes-Initiativrecht, zum anderen gibt es keine übergreifenden Strukturen, die bspw. eine umfassende Nachhaltigkeitsprüfung von Gesetzesvorhaben entlang aller Nachhaltigkeitsdimensionen vornehmen könnten.

Innerhalb des **Rats der Europäischen Union** wurde Ende 2017 eine Council Working Party on the 2030 Agenda for Sustainable Development eingerichtet, um die Umsetzung der Agenda 2030 auf EU-Ebene zu überwachen. Die Arbeitsgruppe besteht aus Expert/innen jedes Landes und leitet ihre Vorschläge an den Rat für Allgemeine Angelegenheiten weiter. Nach der Veröffentlichung des Reflexionspapiers der Kommission entwickelte die Arbeitsgruppe Vorschläge für die Kommission, die im April 2019 vom Rat angenommen wurden.<sup>13</sup>

Als Antwort auf das Reflexionspapier der Kommission veröffentlichte der Rat im April 2019 eine neue Schlussfolgerung. In dieser schließt sich der Rat dem Wunsch der Staaten und des Parlaments an und fordert die Kommission u. a. auf, zeitig eine Strategie zur Umsetzung der Agenda 2030 auszuarbeiten.<sup>14</sup> Damit bekräftigt der Rat eine Aufforderung aus dem Jahr 2017, der die Kommission bis dato nicht nachgekommen war.<sup>15</sup>

Der **Kommission** fällt generell die Aufgabe der Überwachung und Umsetzung der Agenda 2030 zu. 2016 erklärte die Kommission mit dem *Arbeitsprogramm für 2017*, dass sie die Umsetzung der SDGs in der EU voranbringen wolle.<sup>16</sup> Dieses Vorhaben nahm die Kommission im November 2017 mit einem dreiteiligen Maßnahmenpaket für die Agenda 2030 in Angriff.

Die Maßnahmen bestehen erstens aus der gemeinsamen Erklärung für einen Europäischen Konsens für die Entwicklungspolitik.<sup>17</sup>

Zweitens wurde Eurostat mit der Überwachung der Implementierung der SDGs in Form eines jährlichen Reports beauftragt, der auf einer Analyse der Indikatoren für die Agenda 2030 beruht.<sup>18</sup>

Als dritten Teil des Maßnahmenpakets stellte die Kommission bereits 2016 die Mitteilung *Auf dem Weg in eine nachhaltige Zukunft – Europäische Nachhaltigkeitspolitik* vor.<sup>19</sup> In dieser Mitteilung wird u. a. ein neuer institutioneller Rahmen auf EU-Ebene skizziert. Im Ergebnis wurde 2017 eine Multi-Stakeholder Plattform (MSP) ins Leben gerufen, die aus 30 individuellen Mitgliedern, aus zivilgesellschaftlichen und weiteren Organisationen, Unternehmen sowie der Wirtschaft besteht. Diese reichen von Institutionen (bspw. Weltbank, OECD, Europäische Investitionsbank) über Nichtregierungsorganisationen (bspw. WWF, Transparency International) und Dachverbänden (bspw. SDG Watch Europe) zu Unternehmen (Unilever) und Gewerkschaftsverbänden (bspw. European Trade

8 [https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/TA-8-2015-0323\\_DE.pdf](https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/TA-8-2015-0323_DE.pdf)

9 [https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/TA-8-2016-0224\\_DE.html](https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/TA-8-2016-0224_DE.html)

10 Europäisches Parlament (2019).

11 [https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/A-8-2019-0160\\_DE.html](https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/A-8-2019-0160_DE.html); Europäisches Parlament (2019).

12 DEVE Policy-Department (2019).

13 <https://www.eumonitor.eu/9353000/1/j9vvik7m1c3gyxp/vkkwg7z13iuy>

14 <http://data.consilium.europa.eu/doc/document/ST-8286-2019-INIT/de/pdf>

15 Rat der Europäischen Union (2017).

16 [https://ec.europa.eu/info/sites/info/files/cwp\\_2017\\_de.pdf](https://ec.europa.eu/info/sites/info/files/cwp_2017_de.pdf)

17 <https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/HTML/?uri=OJ:C:2017:210:FULL&from=EN>

18 <https://ec.europa.eu/eurostat/documents/3217494/9940483/KS-02-19-165-EN-N.pdf/1965d8f5-4532-49f9-98ca-5334b0652820>

19 [https://ec.europa.eu/europeaid/sites/devco/files/communication-next-steps-sustainable-europe-20161122\\_en.pdf](https://ec.europa.eu/europeaid/sites/devco/files/communication-next-steps-sustainable-europe-20161122_en.pdf)

Union Confederation).<sup>20</sup> Das Gremium setzt sich aus einem politischen und einem technischen Komitee zusammen und soll die Kommission bei der Umsetzung der SDGs unterstützen sowie Austauschmöglichkeiten für die Stakeholder bieten.<sup>21</sup>

Für die außenpolitische Umsetzung der Agenda 2030 ist auf Kommissionsebene die Generaldirektion Internationale Zusammenarbeit und Entwicklung (DG DEVCO) zuständig.<sup>22</sup> Diese ist damit beauftragt, die EU-Entwicklungszusammenarbeit an den SDGs auszurichten. Die Kommission sieht sich so bei der Umsetzung der SDGs gut aufgestellt.<sup>23</sup> Beispielsweise präsentierte DG DEVCO im April 2018 beim ECOSOC Forum on Financing for Development follow-up in New York das Papier *Investition in nachhaltige Entwicklung: Der Beitrag der Europäischen Union*.<sup>24</sup>

Im Februar 2019 veröffentlichte die Kommission das Reflexionspapier *Auf dem Weg zu einem neuen nachhaltigen Europa bis 2030*.<sup>25</sup> Darin konzentriert sich die Kommission auf die positiven Errungenschaften der letzten Jahre und die Maßnahmen, die von der Juncker-Kommission eingeführt wurden. So werden die hohe Beschäftigungsquote im dritten Quartal 2018 von 73,5 Prozent der 20- bis 64-Jährigen hervorgehoben und Richtlinien über die Gesamtenergieeffizienz von Gebäuden und den Vogelschutz genannt. Insgesamt vermittelt das Reflexionspapier ein sehr positives Bild über die Umsetzung der SDGs seit 2015.

Kernstück sind drei Zukunftsszenarien zur Förderung der SDGs. Diese Szenarien sollen eine breite Debatte anstoßen und in die Überlegungen der nächsten Kommission mit einfließen.

- » *Szenario 1* beruht auf einer Empfehlung der MSP und sieht eine übergreifende Nachhaltigkeitsstrategie auf höchster EU-Ebene als gemeinsamen Rahmen vor.
- » *Szenario 2* hat ebenso eine gemeinsame Strategie zum Ziel, doch wird hier den Mitgliedsländern der EU mehr Freiraum bei der Umsetzung eingeräumt.

- » *Szenario 3* konzentriert sich auf die Ausrichtung der EU-Außenpolitik an den SDGs. Dabei nehme die EU eine Vorreiterrolle ein und solle andere Länder unterstützen, damit jene Länder auf Grundlage der Agenda 2030 aufholen können.

Das Reflexionspapier der Kommission ist Teil der Bewertung des Fortschritts der EU bei der Implementierung der SDGs. Diese wurde im Rahmen des HLPF bei einem Side-Event im Juli 2019 erstmals vorgestellt.<sup>26</sup> In diesem Zusammenhang forderte der Vizepräsident der Kommission, Frans Timmermans, die zukünftige Kommission auf, Verantwortung im Hinblick auf das Erreichen der SDGs zu übernehmen:

*„In the next five years I expect the European Commission to fully integrate the SDGs into our economic governance model. There is no time to lose as it is the future of our children and grandchildren that is at stake. The EU must now step up its game.“<sup>27</sup>*

Insbesondere Szenario 3 des Reflexionspapiers wurde von zivilgesellschaftlichen Organisationen stark kritisiert.<sup>28</sup> Die Klimabilanz der EU pro Kopf sei eine der schlechtesten weltweit und somit eine Vorbildfunktion der EU nicht gegeben. Zudem müsse auch der indirekte Einfluss der EU außerhalb der eigenen Grenzen – Europas globaler Fußabdruck – berücksichtigt werden. Hierzu veröffentlichte SDG Watch Europe einen Spotlight Report über die Umsetzung der SDGs in und durch die EU (vgl. Box).

### 3. Auf dem Weg zu einer europäischen Nachhaltigkeitspolitik

Zivilgesellschaftliche Akteure kritisieren v. a., dass sich die EU „fünf Jahre nach der Verabschiedung der Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung [...] noch in der Phase der ‚Reflexion‘ [befindet], ohne einen Implementierungsplan für die SDGs zu haben, die in den Zielen recht konkret sind“.<sup>29</sup>

20 Eine Liste der aktuellen Mitglieder der MSP unter: <http://ec.europa.eu/transparency/regexpert/index.cfm?do=groupDetail.groupDetail&groupID=3529>.

21 [https://ec.europa.eu/info/strategy/international-strategies/sustainable-development-goals/multi-stakeholder-platform-sdgs/role-structure-and-working-methods\\_en](https://ec.europa.eu/info/strategy/international-strategies/sustainable-development-goals/multi-stakeholder-platform-sdgs/role-structure-and-working-methods_en)

22 [https://ec.europa.eu/europeaid/mission-statement\\_en](https://ec.europa.eu/europeaid/mission-statement_en)

23 European Commission (2018).

24 Ebd.

25 European Commission (2019).

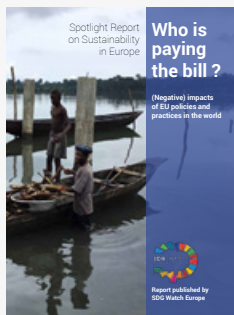
26 Der Bericht der EU für das HLPF besteht aus einem Report der Kommission Supporting the SDGs across the world, den darauf folgenden Antworten (council conclusions) der Mitgliedsstaaten, dem Reflexionspapier der Kommission, dem Eurostat SDG Progress Report und dem PCD Report (vgl. [https://ec.europa.eu/europeaid/news-and-events/european-union-presents-its-progress-towards-sustainable-development\\_en](https://ec.europa.eu/europeaid/news-and-events/european-union-presents-its-progress-towards-sustainable-development_en)).

27 Ebd.

28 Vgl. bspw. SDGWatch Europe (2019a) sowie [https://www.wpn2030.de/wp-content/uploads/2019/05/Stellungnahme\\_Europa.pdf](https://www.wpn2030.de/wp-content/uploads/2019/05/Stellungnahme_Europa.pdf) oder <https://www.iddri.org/en/publications-and-events/blog-post/towards-sustainable-europe-2030-analysis-european-commissions>.

29 SDG Watch Europe (2019).

## Spotlight Report on Sustainability in Europe



Im Juli 2019 veröffentlicht SDG Watch Europe gemeinsam mit in einer breiten Koalition von Nichtregierungsorganisationen und Gewerkschaften einen Schattenbericht über die Umsetzung der SDGs in und durch die EU. Der *Spotlight Report on Sustainability in Europe: Who is paying the bill? – (Negative) impacts of EU policies and practices in the world* legt den Fokus auf die externe Verantwortung der EU und zeigt anhand verschiedener Fallbeispiele die dringende Notwendigkeit zum Handeln auf. Im Schattenbericht werden folgende Themen behandelt, bei denen ein sofortiges Handeln von Seiten der EU nötig ist:

Der Bericht beschreibt anhand konkreter Beispiele die Auswirkungen europäischer Politik für die Menschen in Ländern des globalen Südens. Die Kernaussage des Berichts lautet, dass die EU im internationalen Vergleich einen der schlechtesten ökologischen Fußabdrücke per Kopf habe und der Wohlstand auf Kosten anderer geschaffen würde. Als erster Schritt zur Reduzierung der negativen externen Effekte europäischer Politik wird von den Autor/innen eine kohärente Nachhaltigkeitsstrategie der EU gefordert.

- » Politikkohärenz für nachhaltige Entwicklung
- » Gemeinsame Agrarpolitik
- » Fischerei
- » EU-Handelspolitik
- » Landgrabbing
- » Finanzpolitik
- » Unternehmensverantwortung
- » Chemikalienpolitik
- » Müllentsorgung
- » Ressourcengerechtigkeit
- » Frieden und Sicherheit
- » Klimapolitik
- » Migration und Menschenrechte

Der Bericht beschreibt anhand konkreter Beispiele die Auswirkungen europäischer Politik für die Menschen in Ländern des globalen Südens. Die Kernaussage des Berichts lautet, dass die EU im internationalen Vergleich einen der schlechtesten ökologischen Fußabdrücke per Kopf habe und der Wohlstand auf Kosten anderer geschaffen würde. Als erster Schritt zur Reduzierung der negativen externen Effekte europäischer Politik wird von den Autor/innen eine kohärente Nachhaltigkeitsstrategie der EU gefordert.

**SDG Watch Europe (Hrsg.) (2019):** Spotlight Report on Sustainability in Europe: Who is paying the bill? (Negative) impacts of EU policies and practices in the world. Brüssel.  
<https://www.sdgwatcheurope.org/who-is-paying-the-bill/>

Zudem fehle eine kohärente EU-Politik. Die EU müsse sich aus dem Stillstand lösen. Kritik wird auch an der Juncker-Kommission laut: diese habe kein Interesse an der Implementierung der SDGs gehabt und diesen Prozess bewusst der nächsten Kommission überlassen.<sup>30</sup>

Der Europäischen Union stehen verschiedene Möglichkeiten offen, bei der Erreichung der SDGs neue Wege zu gehen. So muss die Agenda 2030 bspw. bei der Ausarbeitung des mehrjährigen Finanzrahmens (MFR) der EU für 2021–2027 berücksichtigt werden. Um die Agenda bis 2030 in der EU umgesetzt zu haben, muss sich diese explizit in der Finanzplanung niederschlagen.

Zum Monitoring der Umsetzung der SDGs veröffentlicht Eurostat seit 2017 jährliche Indikatoren-Berichte.<sup>31</sup> Daran gibt es Kritik, da in vielen Politikbereichen noch keine spezifischen Ziele zur Umsetzung der SDGs gesetzt, sondern nur Trends festgelegt wurden. Somit sei die Bestandsaufnahme durch den Eurostat-Report nur eingeschränkt nützlich. Ferner gibt der Report keine Hinweise für einzelne Institutionen der EU, wie sie sich sinnvollerweise an der Umsetzung der SDGs beteiligen können.

Nachdem unter der Juncker-Kommission die MSP initiiert worden war, blieb deren Wirkungskraft begrenzt. Zum einen besitzt diese Plattform keine weitreichenden Befugnisse, zum anderen fehlt es an einer ressortübergreifenden Strategie. Dazu kommt noch der jahrelange politische Stillstand in der Umsetzung der Agenda 2030. Das müsse nach den Wahlen zum Europäischen Parlament und der Einsetzung einer neuen Kommission umgehend geändert werden. Schon im Vorfeld der Europawahl 2019 wurde deutlich, dass sich viele Parteien dem Thema „nachhaltige Entwicklung“ angenommen haben und es auf unterschiedliche Weise in der EU fortentwickeln wollen. Nach einer Umfrage des Rats für Nachhaltige Entwicklung unter den in Deutschland für das Europäische Parlament kandidierenden Parteien fordern bspw. die Grünen eine Neuausrichtung des EU-Haushalts an den SDGs. Die SPD fokussierte sich auf die soziale Gerechtigkeit bei der Umsetzung und CDU/CSU wollen die Binnenmarktpolitik an den SDGs ausrichten. Insgesamt wird großer Handlungsbedarf geäußert und

30 <https://www.sdgwatcheurope.org/eus-multi-stakeholder-platform-sdgs/>

31 <https://ec.europa.eu/eurostat/de/web/products-statistical-books/-/KS-04-17-780>

dem Thema Nachhaltigkeit ein hoher Stellenwert beigemessen.<sup>32</sup>

Auch die neue Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen verlangte in ihrer Eröffnungsrede im Juli 2019 eine Umstrukturierung innerhalb der EU („nicht die Menschen dienen der Wirtschaft, sondern die Wirtschaft dient unseren Menschen“). Die EU müsse bezüglich der SDGs auf dem richtigen Weg bleiben und das Europäische Semester<sup>33</sup> dahingehend ausgerichtet werden.<sup>34</sup> Damit den Worten der Kommissionspräsidentin und den Stimmen der Wähler/innen der Europawahl auch direktes Handeln folgt, müssen kurzfristig einige Weichen neu gestellt werden. Nur mit der aktiven Implementierung der SDGs auf EU-Ebene ist ihre Umsetzung bis 2030 noch realistisch.

#### 4. Empfehlungen und Schlussfolgerungen

Um die SDGs bis 2030 auf EU-Ebene zu verwirklichen, muss die neue Kommission umgehend eine Reihe von substantiellen Schritten einleiten.

- » Die Agenda 2030 muss auf oberster Ebene implementiert werden und sämtliche Institutionen der EU sollten ihre Politik an den SDGs ausrichten. Dazu bedarf es einer **kohärenten Nachhaltigkeitsstrategie**, die von der Kommission ausgearbeitet wird und sich am Prinzip der Mehrebenen-Governance ausrichtet. Es muss eine gemeinsame, konsequente Umsetzung der Agenda 2030 im Rahmen der EU geben, die die bereits erfolgten Initiativen einzelner Mitgliedsländer unterstützt.
- » Die **negativen weltweiten Auswirkungen** von EU-Politiken **müssen reduziert werden**. Auch hierfür ist eine kohärente Nachhaltigkeitsstrategie unabdingbar, die die Innen- und die Außenpolitik der EU an den SDGs ausrichtet. Es müssen innerhalb der EU Rahmenbedingungen geschaffen werden, um negative Spill-Over-Effekte zu minimieren.

» Das 2019 veröffentlichte **Reflexionspapier der Kommission** bezieht sich auf drei verschiedene Szenarien zur Implementierung der Agenda 2030. Dabei sollte sich die Kommission primär auf die **Umsetzung von Szenario 1** konzentrieren und Szenario 2 betreffend des Mainstreamings der SDGs berücksichtigen. Szenario 3 sollte bei der Implementierung der SDGs ausgeschlossen bleiben.

» Mit ihrer 2020-Strategie verfolgt die EU-Kommission wirtschaftliches Wachstum weiterhin als oberstes Politikziel. Der damit weiterhin einhergehende steigende Ressourcenverbrauch und mögliche Umweltverschmutzungen stehen der Verwirklichung der ökologischen Ziele der Agenda 2030 jedoch diametral entgegen. Aus diesem Grund muss die EU ihre **wachstumsfixierten Produktionsweisen** grundsätzlich überdenken.

» Es wird nötig sein, die **institutionelle Architektur** für Nachhaltigkeitsfragen in der EU zu **stärken und zu ergänzen**. Eine Möglichkeit wäre, die Ratsarbeitsgruppe für die Agenda 2030 zu einem Rat für nachhaltige Entwicklung mit Ministerinnen und Ministern aus den koordinierenden Ministerien aufzuwerten (je nach Mitgliedsland, aus Deutschland der Chef des Kanzleramts). So könnte die nötige Kohärenz für nachhaltige Entwicklung sichergestellt werden. Ähnlich sollte im Europäischen Parlament ein sektorübergreifender Ausschuss für nachhaltige Entwicklung eingerichtet werden. Zudem muss die Rolle und Zusammensetzung der Multi-Stakeholder Plattform überdacht werden. Es ist fragwürdig, dass darin bspw. einzelne Unternehmen Sitz und Stimme haben. Treffen der MSP sollten vor der Veröffentlichung von Briefings und Entscheidungspapieren stattfinden, um den angestrebten Austausch mit verschiedenen Interessengruppen zu gewährleisten und ihre Vorschläge in die Entscheidungsfindung einbeziehen zu können.

» Für diverse Politikbereiche gibt es auf EU-Ebene das Instrument der Folgenabschätzungen, u.a. für die Handels- und Biodiversitätspolitik. Allerdings gibt es starke Kritik an ihren Verfahren und ihre Ergebnisse werden oft konträren politischen Prioritätensetzungen untergeordnet. Dabei könnten **Ex-Ante Folgenabschätzungen im Sinne der Agenda 2030 und der SDGs** – bspw. durchgeführt unter der Ägide eines neuen Ausschusses für nachhaltige Entwicklung des Europäischen Parlaments – für

32 <https://www.nachhaltigkeitsrat.de/aktuelles/europawahl-2019-parteien-zur-nachhaltigkeit-in-der-eu/>

33 Das „Europäische Semester“ ist ein Zyklus, in dessen Verlauf die EU-Mitgliedstaaten ihre Wirtschafts- und Fiskalpolitik aufeinander abstimmen. Es gehört zum Rahmenwerk für die wirtschaftspolitische Steuerung der Europäischen Union und erstreckt sich im Wesentlichen über die ersten sechs Monate eines Jahres – daher die Bezeichnung „Semester.“ Im Laufe des Europäischen Semesters richten die Mitgliedstaaten ihre Haushalts- und Wirtschaftspolitik an den auf EU-Ebene vereinbarten Zielen und Regeln aus (vgl. <https://www.consilium.europa.eu/de/policies/european-semester/>).

34 [http://europa.eu/rapid/press-release\\_SPEECH-19-4230\\_en.htm](http://europa.eu/rapid/press-release_SPEECH-19-4230_en.htm)

alle neuen Richtlinien und Programme der EU dazu beitragen, EU-Politik besser zu koordinieren und negative Wechselwirkungen zu erkennen und zu beseitigen.<sup>35</sup>

- » Eine Neuausrichtung der EU-Politik an den SDGs muss sich auch in der **Ausarbeitung des mehrjährigen Finanzrahmens 2021–2027** niederschlagen. Dafür sollten einzelne Prinzipien der Agenda 2030 im MFR verankert werden und alle Dimensionen der Nachhaltigkeit – Ökonomie, Ökologie, Soziales und Rechtsstaatlichkeit – gefördert werden. Auch die Außenbeziehungen der EU müssen sich an den SDGs ausrichten und die übergreifende For-

derung des „Mainstreamings der SDGs“ sollte auch innerhalb des Finanzrahmens berücksichtigt werden.<sup>36</sup>

- » Aus diesem Grund sollte der Empfehlung des Ausschusses für Entwicklung der EU (DEVE) gefolgt werden und das *Europäische Semester* in den Umsetzungsprozess der SDGs auf EU-Ebene mit einbezogen werden.<sup>37</sup> Das **Europäische Semester** kann das Monitoring der Agenda 2030, das momentan durch Eurostat erfolgt, umfassend ergänzen. Hierfür sind die institutionellen Rahmenbedingungen gegeben.

35 Vgl. dazu [http://www.ivm.vu.nl/en/Images/AF1\\_tcm234-161501.pdf](http://www.ivm.vu.nl/en/Images/AF1_tcm234-161501.pdf).

36 <https://www.die-gdi.de/analysen-und-stellungnahmen/article/die-reform-des-eu-budgets-chancen-und-herausforderungen-fuer-globale-nachhaltige-entwicklung/>

37 Vgl. Europäisches Parlament (2019).

## Weiterführende Literatur

**DEVE Policy-Department (2019):** Study - Europe's approach to implementing the Sustainable Development Goals: good practices and the way forward. Brussels: European Parliament.

[https://www.europarl.europa.eu/RegData/etudes/STUD/2019/603473/EXPO\\_STU\(2019\)603473\\_EN.pdf](https://www.europarl.europa.eu/RegData/etudes/STUD/2019/603473/EXPO_STU(2019)603473_EN.pdf)

**European Commission (2019):** Reflection Paper – Towards a Sustainable Europe by 2030. Brussels: European Commission.

[https://ec.europa.eu/commission/files/reflection-paper-towards-sustainable-europe\\_en](https://ec.europa.eu/commission/files/reflection-paper-towards-sustainable-europe_en)

**European Commission (2018):** Investing in Sustainable Development – The EU at the forefront in implementing the Addis Ababa Action Agenda (Staff Working Document). Brussels: European Commission.

[https://ec.europa.eu/europeaid/sites/devco/files/report-investing-sustainable-dev-20180423\\_en.pdf](https://ec.europa.eu/europeaid/sites/devco/files/report-investing-sustainable-dev-20180423_en.pdf)

**Europäisches Parlament (2019):** Entschließung des Europäischen Parlamentes vom 14. März 2019 zum strategischen Jahresbericht über die Umsetzung und Verwirklichung der Ziele für nachhaltige Entwicklung (2018/2279(INI)). Straßburg.

[https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/TA-8-2019-0220\\_DE.html](https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/TA-8-2019-0220_DE.html)

**Rat der Europäischen Union (2017):** Eine nachhaltige Zukunft für Europa: Reaktion der EU auf die Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung. Schlussfolgerungen des Rates. Brüssel.

<http://data.consilium.europa.eu/doc/document/ST-10370-2017-INIT/de/pdf>

**SDG Watch Europe (2019):** European Commission Reflection Paper: Towards a sustainable Europe. Brüssel.

<https://www.sdgwatcheurope.org/reaction-of-sdg-watch-europe-on-european-commission-reflection-paper-towards-a-sustainable-europe-by-2030/>

**SDG Watch Europe (Hrsg.) (2019):** Spotlight Report on Sustainability in Europe: Who is paying the bill? (Negative) impacts of EU policies and practices in the world. Brüssel.

<https://www.sdgwatcheurope.org/who-is-paying-the-bill/>

## Impressum

**Nachhaltiges Europa?** Die Rolle der EU bei der Umsetzung der Agenda 2030

### Herausgeber

Global Policy Forum Europe e.V.

Königstraße 37a, 53115 Bonn

Tel. 0228 96 50 510

[europe@globalpolicy.org](mailto:europe@globalpolicy.org)

[www.globalpolicy.org](http://www.globalpolicy.org)

Kontakt: Jens Martens

**Autor/innen:** Nina Focke, Wolfgang Obenland

**Redaktion:** Jens Martens

**Gestaltung und Druck:** [www.kalinski.media](http://www.kalinski.media)

Bonn, September 2019

Dieses Briefing ist Teil des Projekts „**Weichenstellung 2020**“ des Global Policy Forums Europe, gefördert von der Stiftung Umwelt und Entwicklung Nordrhein-Westfalen sowie von Engagement Global im Auftrag des BMZ.



Bundesministerium für  
wirtschaftliche Zusammenarbeit  
und Entwicklung

Für den Inhalt dieser Publikation ist allein Global Policy Forum Europe e.V. verantwortlich; die hier dargestellten Positionen geben nicht den Standpunkt von Engagement Global gGmbH, dem Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung und der Stiftung Umwelt und Entwicklung Nordrhein-Westfalen wieder.